

SPD demokratischer pressediens

P/XXV/218

17. November 1970

Der Friede ist kein Naturgesetz

Gedanken zum Volkstrauertag 1970

Seite 1 / 38 Zeilen

Wer brachte den Bundestag ins Ziefelicht?

Ein aufklärendes Wort zur Abwerbungsaffäre
um Geldner

Von Wolfgang Jansen
Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 2 und 3 81 Zeilen

Leistungen und Perspektiven

Ein Jahr sozialliberale Regierungsverantwortung

Egon Franke: Innerdeutsche Beziehungen

Seite 4 bis 6 / 124 Zeilen

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt

Nachkriegskonfrontation zwischen Ost und
West überwinden
Mögliche Verbesserungen im zwischendeutschen
Verhältnis
Auseinandersetzung zwischen Freiheit und
Unfreiheit
Bundestag beschließt 23. LAG-Novelle
Bundesregierung verabschiedet 3. Unterhalts-
hilfe-Anpassungsgesetz
Soll Herder-Institut Bundesanstalt werden?
Polnische Vorbereitungen für Touristen
Seliger-Gemeinde in Israel
Warnsdorfer Verdienste um Beethoven

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Hausallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-221
Telefon: 22 80 97-33
Telefax: 88 848/88 847
88 568 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Der Friede ist kein Naturgesetz

Gedanken zum Volkstrauertag 1970

Der Volkstrauertag gilt der Erinnerung an die Toten zweier Weltkriege, an die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, gilt allen, die durch kriegerische Gewalt und Massenmord an Unschuldigen ums Leben gekommen sind. Soll dieser Tag aber nur ein Tag des Gedenkens sein, enthält er nicht auch eine über diesen Tag hinausgehende dauernde Verpflichtung der Lebenden, alles zu unterlassen, was eine Wiederkehr der Schrecken der Vergangenheit bewirken würde und alles zu tun, was dem Frieden unter den Völkern dient, ihn sicherer macht, damit Krieg und Terror als Mittel der Politik verschwinden?

Der Krieg ist kein Naturgesetz, er ist Menschenwerk, geboren aus Eroberungsgier, aus Verblendung, aus Unwissenheit, aus Haß und aus aufgewühlter Leidenschaft. Aber auch der Friede ist nicht naturgegeben. Er ist kein Geschenk. Er muß erarbeitet werden. Er bleibt immer gefährdet, wenn die Menschen untätig bleiben, in Passivität verharren oder aus Kleinmut Entwicklungen zulassen, die zum Krieg, zur Gewalt, Verfolgung und Terror führen. Ein dankbares, noch wenig beachtetes Feld bietet sich den Forschern an, den Ursachen nachzuspüren und sie aufzudecken, die den Frieden bedrohen und kriegerische Explosionen auslösen.

Friedenssicherung im umfassenden Sinne betrifft nicht nur die Beziehungen zwischen Staaten und Völkern, zwischen den verschiedenen Regierungen und Gesellschaftsordnungen. Friedenssicherung betrifft auch die Ordnung im eigenen Hause und die Wertetafel, die über seinen Bewohnern steht. Wer im eigenen Hause Unrecht scheidet, es sogar fördert, dem kann auch bald Unrecht von anderen geschehen.

Den Frieden im Innern zu sichern und nach Außen zu bewahren, das erfordert unermüdliches Bestreben und einen klaren Blick. Das schließt das Sich-hinein-denken in die Lage des Anderen ein und das wiederum verlangt mehr Wissen voneinander, Einfühlungsvermögen und Verständnis, ohne dabei das als richtig und notwendig Erkannte preiszugeben. Es verlangt auch höchste Aktivität und größte Wachsamkeit und die Anwendung der Vernunft. Wer dem Frieden dienen will, muß sich dieser Arbeit mit ganzer Hingabe widmen.

Diese Verpflichtung gaben die Toten den Lebenden auf.

- + +

Wer brachte den Bundestag ins Ziellicht?

Ein aufklärendes Wort zur Abwerbungsaffäre um Geldner

Von Wolfgang Jansen

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Nach den Pressekonferenzen von Strauß und Mischnick ist das vorübergehende getriebene Bild der Angelegenheit, die sich um den Namen Geldner rankt, wieder klar geworden. Besonders aufschlußreich ist dabei eine Liste von Terminen, die Geldner am 10. Juni von dem Fabrikanten Beyer bekommen hat und zu denen Franz-Josef Strauß für ihn zu sprechen sein würde. An der Echtheit dieser Liste kann deshalb kein Zweifel sein, weil Geldner sie am gleichen oder folgenden Tage seinem Fraktionsvorsitzenden Mischnick vorgelegt hat, zu einem Zeitpunkt also, da er weder in Wirklichkeit noch zum Schein auf Abwerbungsversuche eingehen wollte. Denn Geldner hat keinen dieser Termine wahrgenommen, er hat sich auch geweigert, gleich am 10. Juni mit Beyer zu Strauß zu gehen, hat ein gleiches Ansinnen während des FDP-Parteitages abgelehnt und ist auch nicht zu dem von Strauß selbst bestätigten Termin am 2. Juli erschienen.

Hieraus folgt zweierlei: Erstens zeigt sich, daß die Verbindung zwischen der CSU und der Gruppe um Zoglmann, die sich im Laufe der Zeit als MLA konstituierte, viel enger ist, als man gemeinhin angenommen hat und als es Strauß heute wahrhaben will. Ob Strauß selbst jene am 10. Juni überreichte Terminliste aufgestellt hat oder ob dies, wie man vermuten kann, sein Persönlicher Referent besorgte, ist unerheblich. Wichtig ist allein, daß Strauß zu diesen Terminen für Geldner zu sprechen war, und daß also Beyer in der Lage war, für einen kritischen Termin mit Strauß abzusprechen. Zweitens ist die Behauptung der CSU widerlegt, Geldner habe sich ihr geradezu aufgedrängt. Er hat insgesamt acht ihm angebotene Termine, die allerdings alle vor dem 14. Oktober liegen, nicht wahrgenommen. Eagegen ist er zu dem ersten nach dem 14. Oktober genannten Termin erschienen, denn am 14. Oktober fand jene Besprechung mit Mischnick, Mertes, Wehner und Wienand statt, bei der man auf Geldners Vorschlag hin übereinkam, die Probe aufs Exempel zu machen.

Mit anderen Worten: Die CSU überließ das schmutzige Geschäft des Abwerbens der Gruppe um Zoglmann, diese waren die Treiber, während Strauß und seine Freunde auf dem Anstand saßen und darauf warteten, daß sie das Wild ins Schußfeld bekamen. Daß die Treiber mit ihren Methoden nicht zimperlich

waren, zeigt das Beispiel der 400.000-DM-Verträge. Und daß die Auftraggeber diese Methoden durchaus billigten, hat der Sprecher der CSU-Landesgruppe mit den Worten zugegeben, es sei Herrn Stücklen egal gewesen, ob die Verträge moralisch oder unmoralisch gewesen seien. Ihm sei es nur um die Wirkung nach außen gegangen. Es wirft auch ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Geisteshaltung dieser Auftraggeber, wenn Franz-Josef Strauß so ganz nebenbei erklärte, ihm sei an einem guten Mittelstandspolitiker gelegen gewesen, weil Handwerkskammerpräsident Wild (korrekter Titel: Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks) schon ein alter Mann sei.

Wie das Verhältnis von NLA und CSU ist, zeigt sich im übrigen auch in der Tatsache, daß die CSU-Spitze - Strauß, Stücklen und Höcherl - in Straußens Wohnung vollzählig versammelt war, während Mader und Beyer mit Geldner die 400.000-DM-Verträge abschlossen und der hinzugezogene Persönliche Referent von Strauß, Dr. Voß, die Übertrittsdokumente bereits ausgefertigt in der Aktentasche hatte. Die CSU hat sich bemüht, nach außen hin eine weiße Weste zu behalten, aber trotz aller Vorsicht ist es ihr diesmal nicht gelungen. Ihre Auftraggeberrolle ist überdeutlich.

Bleibt das Verhalten von Geldner. Der schwerste Vorwurf, der zunächst gegen ihn erhoben wurde, den Bundestagspräsidenten, den zweiten Mann im Staate, getäuscht zu haben, ist inzwischen widerlegt. Noch bevor der Bundestagspräsident das Übertrittsschreiben erhielt, war er im Besitz der Mitteilung, daß dieses Schreiben ungültig sei. Er konnte sich also über den Charakter des Übertrittsschreibens nicht eine Sekunde lang im Zweifel sein. Auch der in einer Fernsehsendung erhobene Vorwurf, ein "agent provocateur" zu sein, trifft nicht zu. Denn Geldner hat überhaupt nicht provoziert. Er hat sich nicht etwa als dankbares Abwerbungsprojekt hingestellt oder - wie die CSU zunächst zu ihrem Schutz behauptete - sich aufgedrängt; er hat vielmehr abgewartet, bis man erneut an ihn herantrat, und dann allerdings auf einen Scheitler anderthalbe gesetzt. Auch war es nicht Geldner, der den Deutschen Bundestag in das Zwielicht gebracht hat, in ihm könnten käufliche Abgeordnete sitzen. Denn er hat im Gegenteil bewiesen, daß jedenfalls er nicht käuflich ist, mochte man ihm auch fast eine halbe Million bieten und die Absicherung für zwei Legislaturperioden. An diese Standhaftigkeit muß angesichts der Attacken erinnert werden, die die CSU aus begreiflicher Verärgerung gegen ihn richtet. Nicht Geldner hat den Bundestag in jenes Zwielicht gebracht, sondern die Abwerber und ihre Auftraggeber, die NLA und die CSU.

Leistungen und Perspektiven

Ein Jahr sozialliberale Regierungsverantwortung (2)

Egon Franke: Innerdeutsche Beziehungen

Was seit 1966 in der Deutschlandpolitik in Bewegung gesetzt worden ist, haben Sozialdemokraten geschaffen. Ich brauche hier nur zu erinnern an unsere acht Punkte, die die Regierungserklärung der Großen Koalition entscheidend bestimmt haben. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit allgemein an die aktive Deutschlandpolitik, die von der SPD seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges betrieben wurde.

In der Bundesregierung Brandt/Scheel haben wir diese Bemühungen zielstrebig fortgesetzt und versucht, innerhalb Deutschlands die Folgen der Spaltung zu mildern und Ansätze für ein geregeltes Nebeneinander zu finden. Ausdruck dessen war auch die Umbenennung des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Inzwischen hat dieses Ministerium auch für die Koordinierung der Politik der Bundesregierung gegenüber der DDR eine besondere Bedeutung erlangt. Das gilt nicht nur für die Vorbereitung und Durchführung der Gespräche in Erfurt und Kassel, sondern auch für die Koordinierung der Verhandlungen mit der DDR auf allen anderen Gebieten.

Das Angebot in der Regierungserklärung an den Ministerrat der DDR zu Verhandlungen beiderseits ohne Diskriminierung auf der Ebene der Regierungen war auf das Ziel ausgerichtet, "die Einheit der Nation dadurch zu wahren, daß das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst wird". Es konnte nicht ohne Echo bleiben.

Nach einem Briefwechsel zwischen dem Staatsratsvorsitzenden und dem Bundespräsidenten sowie zwischen dem Bundeskanzler und dem Ministerratsvorsitzenden trafen sich Willy Brandt und Willi Stoph an der Spitze ihrer Regierungsdelegationen am 19. März in Erfurt und am 21. Mai 1970 in Kassel.

Die 20-Punkte-Erklärung, die der Bundeskanzler in Kassel abgab, war und ist von dem Bemühen getragen, durch eine vertragliche Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten das weitere Auseinanderleben der deutschen Nation zu verhin-

dern. Die 20 Punkte sind der Versuch, auf realer Grundlage die Entspannungsvoraussetzungen nüchtern einzuschätzen. Auch wurde die Tatsache nicht verschleiert, daß die Deutschen aus der Bürde der Geschichte gemeinsame Verantwortung und gemeinsame Aufgaben für den Frieden unter uns in Europa haben. Nicht zuletzt wurden die familiären und menschlichen Bindungen festgehalten, die sich durch Rechtskonstruktionen nicht beeinträchtigen lassen.

In den 20 Punkten ist auch das gewichtige Angebot eines verbindlichen Abkommens enthalten, gegenseitig auf Androhung und Anwendung von Gewalt zu verzichten, stattdessen alle Fragen mit friedlichen Mitteln zu lösen und die territoriale Integrität und die Grenzen zu achten.

Es war nicht zu erwarten, daß über diese sehr konkreten Vorschläge im einzelnen gesprochen oder gar verhandelt werden konnte. Der Lage Berlins galt die besondere Aufmerksamkeit und Solidarität der Bundesregierung. Sie muß verbessert werden. Bei der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages ist der Sowjetunion deutlich gesagt worden, daß die Bundesregierung ein solches Ergebnis von Botschafter-Gesprächen über Berlin erwartet und erst dies die Ratifizierung des Moskauer Vertrages möglich macht.

Für das weite Feld der innerdeutschen Beziehungen werden auch die Verhandlungen und der Vertrag mit Polen förderlich sein.

Zu den Mitbürgern, die unter der Not der Spaltung zu leiden haben, gehört die Bevölkerung des Zonenrandgebietes. Ihren immer noch großen Problemen wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Art versucht die Bundesregierung durch ein Gesetz zur Förderung des Zonenrandgebietes gerecht zu werden, das vom Bundesministerium für innorddeutsche Beziehungen vorgelegt und im Kabinett beschlossen wurde und jetzt im Bundesrat behandelt wird. Es sichert bisherige Maßnahmen ab und weist erhebliche zusätzliche Hilfen im sozialen Bereich auf.

Ausblick

In diesen Tagen ist zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der DDR vereinbart worden, "auf offiziellen Wege einen Meinungsaustausch über Fragen zu führen, deren Regelung der Entspannung im Zentrum Europas dienen würde und die für die beiden Staaten von Interesse sind". Das bestätigt einerseits das Urteil von Willy Brandt, daß der Verlauf des Treffens von Kassel die Politik der Bundesregierung

nicht widerlegt hat. Andererseits muß noch ausgelotet werden, wie sich der Meinungsaustausch konkretisiert.

Bei dieser Betrachtung muß allerdings vermerkt werden, daß die offensive Politik der Bundesregierung für eine Entspannung in Europa und für einen Ausgleich mit Osteuropa und die bereits vollzogenen praktischen Schritte die DDR in einen Zugzwang gebracht haben, der durch das Drängen einiger ihrer Verbündeten noch stärker geworden ist. Die Möglichkeiten, die in dem vereinbarten Meinungsaustausch, der jedoch nicht den Charakter von Verhandlungen hat, stecken, können noch nicht vollständig übersehen werden.

Klar ist folgendes: Durch welche Verhandlungen und Vereinbarungen auch immer können und wollen wir die Verantwortung der Vier Großmächte für Berlin nicht infragestellen. Das schließt natürlich nicht aus, daß eines Tages bestimmte Aufgaben aus praktischen Gründen in Übereinstimmung und im Auftrag der Vier ausgehandelt werden.

Wenn ich nach Gesprächsthemen gefragt werde, kann ich nur auf die 20 Punkte von Kassel verweisen. Die in ihnen enthaltenen Grundsätze und Elemente für vertragliche Regelungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sind unverändert gültig.

Wir stellen uns die Fortführung der innerdeutschen Kontakte vor ohne Vorbedingung und auf allen angemessenen und geeigneten Ebenen. Dabei wird die DDR zu fragen sein, welchen entscheidenden konkreten Funktionen einer Regelung der Beziehungen die Bundesregierung nicht dadurch entsprochen hätte, daß sie die Prinzipien der Gleichberechtigung und Staatlichkeit der DDR, ihrer Nichtdiskriminierung und der völkerrechtlichen Verbindlichkeit von Abmachungen mit ihr anerkennen will.

Wir möchten von der DDR hören, wie sie sich den Inhalt der von ihr angestrebten Beziehungen vorstellt. Es nützt den Problemen in Europa, den Menschen in der DDR und auch der Regierung der DDR wenig, das Problem der Beziehungen zur Bundesrepublik in ein formalistisches Kleid zu hüllen. Es hilft hingegen die Probleme in Europa bereinigen und nützt den Menschen in Deutschland, wenn aus dem Willen zu Leistungen auf Gegenseitigkeit die Beziehungen normalisiert werden.

Doch ich warne vor zu großen Erwartungen.

Wenn in absehbarer Zeit nur das eine oder andere Problem befriedigend gelöst werden kann, ist dies schon ein hoch zu bewertender Erfolg. Wir werden dabei nicht aus dem Auge verlieren, welche Abhängigkeiten zwangsläufig zwischen Möglichkeiten, Regelungen und unseren Erwartungen bestehen bleiben.

Zunächst geht es darum, lautlos und nach dem Beispiel der Gespräche, die zum Moskauer Vertrag führten, zu versuchen, die gegensätzlichen Standpunkte einander anzunähern. Dabei kann keine Seite davon ausgehen, allein das Ergebnis der Verhandlungen bestimmen zu wollen. Nur die gegenseitige Bereitschaft, Beiträge für die Normalisierung zu leisten, wird das Verhältnis zwischen der DDR und der Bundesrepublik bestimmen.